

Überblick

Wirtschaftlicher Aufschwung auf breiter Basis

Die Weltwirtschaft ist im Sommer 2006 auf Wachstumskurs geblieben. Allerdings hat sich die Dynamik etwas abgeschwächt, und die regionalen Wachstumszentren haben sich verschoben. Das gilt insbesondere für die Industrieländer. Während die US-Konjunktur an Schwung verlor, blieb die japanische Wirtschaft auf dem im zweiten Quartal eingeschlagenen mäßigeren Expansionskurs. Im Euro-Raum hat sich der Aufschwung weiter gefestigt. Das hohe Wachstumstempo vom Frühjahr konnte hier jedoch nicht ganz gehalten werden. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, dass die sehr kräftige Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im Frühjahr durch Sonderfaktoren beeinflusst war.

*Internationales
Umfeld*

Die Finanzmärkte standen im Zeichen scheinbar widersprüchlicher Tendenzen. Während die Aktienmärkte unter dem Einfluss günstiger Gewinnprognosen, reger Übernahmeaktivitäten sowie der Entspannung an den Rohölmärkten zum Teil langjährige Höchststände erreichten, war die Entwicklung an den Anleihe- und Devisenmärkten stärker von den wechselnden Inflations- und Konjunkturerwartungen insbesondere für die US-Wirtschaft geprägt. Im Ergebnis sanken die Kapitalmarktzinsen im Dollarbereich ebenso wie im Euro-Gebiet von Anfang Juli bis Mitte November um rund einen halben Prozentpunkt. Zehnjährige Staatsanleihen rentierten zuletzt am europäischen Kapitalmarkt mit $3\frac{3}{4}\%$. Angesichts der an den Märkten befürchteten Abkühlung der amerikanischen Konjunktur und der günstiger gewordenen Perspektiven

für die weitere Wirtschaftsentwicklung im Euro-Gebiet hatte sich der Euro gegenüber dem US-Dollar bis zum Sommer aufgewertet. Ein gewisses Gegengewicht bildete dann jedoch der Rückgang der Ölpreise, von dem sich die Marktteilnehmer positive Einflüsse vor allem auf die US-Wirtschaft versprochen. Insgesamt hielt sich die Kursveränderung daher in engen Grenzen.

Geldpolitik

Die Preisentwicklung im Euro-Währungsgebiet war in den letzten Monaten von den rückläufigen Ölpreisen geprägt, die gemeinsam mit einem günstigen Basiseffekt zu einem deutlichen Absinken der laufenden Inflationsrate auf 1,6% im Oktober geführt haben. Die etwas längerfristigen stabilitätspolitischen Risiken sind dadurch jedoch nicht wesentlich kleiner geworden. So könnte die insgesamt günstige Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum dazu führen, dass Preis- und Kostensteigerungen – wie etwa die vergangenen Ölpreissteigerungen oder die für Deutschland für das Jahr 2007 beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer – stärker überwältigt werden. Die Gefahr stabilitätspolitisch bedenklicher Zweitrundeneffekte auf die Lohnentwicklung besteht ebenfalls fort. Vor allem aber signalisiert die unvermindert kräftige monetäre Expansion im Euro-Raum, die im dritten Vierteljahr aufgrund eines starken Kreditwachstums noch weiter zugenommen hat, längerfristige Inflationsrisiken. Obwohl Anfang Oktober eine weitere Straffung des geldpolitischen Kurses erfolgte, sind die Notenbankzinsen mit einem Hauptrefinanzierungssatz von 3,25% weiterhin ausgesprochen niedrig. Das gilt umso mehr, als auch der mittlerweile fortgeschrittene Aufschwung

keiner weiteren Stütze durch die Geldpolitik bedarf.

Die deutsche Wirtschaft hat auch nach der Jahresmitte ihre konjunkturelle Aufwärtsbewegung in zügigem Tempo fortgesetzt. Ausgehend von einem revisionsbedingt höheren Niveau im ersten und zweiten Quartal ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im Sommer nach den ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes saison- und kalenderbereinigt um 0,6% höher gewesen als im vorangegangenen Dreimonatsabschnitt. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland war damit im dritten Quartal zwar geringer als im zweiten, als das Bruttoinlandsprodukt auch unter dem Einfluss günstiger Sonderfaktoren (nach den zwischenzeitlich erneut nach oben korrigierten Zahlen) um 1,1% zugenommen hatte. Bereinigt um die Volatilität in der zuvor stark von Witterungseinflüssen geprägten Bautätigkeit und die zeitweiligen Nachfrageimpulse im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft, hat sich das zyklische Moment im bisherigen Jahresverlauf allerdings kaum verändert. Seit Herbst vorigen Jahres gerechnet, beträgt das gesamtwirtschaftliche Wachstum auf Jahresbasis rund 3 ½%. Damit gibt Deutschland auch dem Euro-Raum beachtliche Impulse, zumal das Nachfrageprofil inzwischen deutlich ausgewogener ausfällt. Zudem profitiert nun der Arbeitsmarkt von den erreichten konjunkturellen Fortschritten in zunehmend sichtbarem Maße.

*Deutsche
Wirtschaft*

Auch wenn derzeit noch, wie üblich, wichtige Detailinformationen für das dritte Quartal fehlen, so deutet vieles darauf hin, dass die Investitionen im Berichtszeitraum über das

Niveau vom Frühjahr hinausgegangen sind. Bei den Ausgaben für Ausrüstungen ist angesichts einer zunehmenden Kapazitätsauslastung das Erweiterungsmotiv verstärkt in den Vordergrund getreten. Hierfür sprechen nicht nur das hohe Niveau an Zuversicht in der Industrie, sondern auch die günstigeren Meinungsumfragen im Handwerk. Die Bauinvestitionen wuchsen im Sommer ebenfalls deutlich, freilich in einem geringeren Ausmaß als in den Frühjahrsmonaten, als Nachhol-effekte zu Buche schlugen. Alles in allem hat sich die Investitionstätigkeit inzwischen als ein wichtiges konjunkturelles Standbein neben dem Außenhandel etabliert.

Von den Ausfuhren gingen im Sommer 2006 wieder deutlich positive Impulse aus, nachdem sie im zweiten Jahresviertel eine etwas ruhigere Gangart eingeschlagen hatten. Vor allem die Warenexporte expandierten erneut kräftig. Dem Wert nach und in saisonbereinigter Rechnung stiegen sie um 5 % gegenüber der Vorperiode. Dabei sind die Umsatz-zuwächse im Auslandsgeschäft insbesondere im Handel mit Partnern außerhalb des Euro-Währungsgebiets realisiert worden. Das Wirtschaftswachstum in Deutschland stärkt also die Entwicklung des gesamten Euro-Gebiets.

Arbeitsmarkt

Von der konjunkturellen Belebung im dritten Quartal 2006 gingen auch erneut positive Impulse für die Beschäftigung aus. Die Zahl der Erwerbstätigen ist weiter gestiegen. Im Vorjahrsvergleich beläuft sich der Zuwachs nunmehr auf 340 000 Beschäftigte. Ein ähnlich kräftiger Anstieg wurde zuletzt Anfang 2001 in der Auslaufphase des New-Economy-Booms verzeichnet. Getragen wurde die

jüngste Zunahme von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Auch die Entwicklung der gemeldeten offenen Stellen lässt die verbesserte Arbeitsmarktlage erkennen. Binnen Jahresfrist stieg deren Umfang um ein Drittel auf nunmehr saisonbereinigt 600 000.

Die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) registrierten Arbeitslosen ging im Sommer saisonbereinigt auf nunmehr 4,43 Millionen Personen zurück. Das sind etwa 430 000 oder mehr als 1 % der Erwerbspersonen weniger als im Vorjahr. Waren bisher an erster Stelle die arbeitsmarktpolitischen Strukturformen für den Rückgang verantwortlich, so wirkt sich nunmehr vor allem die verstärkte Arbeitskräftenachfrage aus. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit hat sich im Oktober fortgesetzt. Die Arbeitslosenquote gemäß BA-Konzept sank von 10,6 % auf 10,4 %. Die lohnpolitische Zurückhaltung der letzten Jahre beginnt also ihre Früchte zu tragen. In dem nun an Kraft gewinnenden Aufschwung gilt es, dies nicht aufs Spiel zu setzen. Das gebietet nicht nur die Einsicht in die stabilitätspolitischen Erfordernisse. Die für einen tragfähigen Fortgang des Aufschwungs unverzichtbare nachhaltige Stärkung der Konsumnachfrage hat Fortschritte am Arbeitsmarkt zur Voraussetzung. Es ist deshalb ermutigend, dass sich die insgesamt moderate Lohnkostentwicklung in der deutschen Wirtschaft im Sommer fortgesetzt hat, wenn auch die tendenzielle Verkürzung der Tarifvertragslaufzeiten stabilitätspolitisch ein gewisses Warnsignal bedeutet.

Preise

Die Entwicklung der deutschen Verbraucherpreise im dritten Vierteljahr war, ähnlich wie im Euro-Gebiet insgesamt, von der deutlichen Entspannung an den Ölmärkten geprägt. So verbilligten sich Kraftstoffe, und bei Heizöl schwächte sich der Preisanstieg deutlich ab. Ohne Energie gerechnet, stieg der Verbraucherpreisindex in den Sommermonaten aber stärker an als im Frühjahr. In Übereinstimmung mit dieser Beobachtung hat sich der Preisauftrieb im Oktober saisonbereinigt betrachtet wieder etwas verstärkt, obwohl die Kraftstoff- und Heizölpreise weiter nachgaben und auch Nahrungsmittel wieder etwas preiswerter wurden. Der Vorjahrsabstand des nationalen Verbraucherpreisindex und des Harmonisierten Verbraucherpreisindex vergrößerte sich jeweils von 1,0 % auf 1,1 %.

*Weitere
Perspektiven*

Angesichts einer weiterhin guten Industriekonjunktur und der insgesamt gefestigten Position bei einer Reihe von unternehmensnahen Dienstleistern dürfte die konjunkturelle Grundtendenz der deutschen Wirtschaft weiter aufwärts gerichtet bleiben. Die deutsche Wirtschaft wird dank ihrer gestärkten Wettbewerbsfähigkeit auch künftig vom weltwirtschaftlichen Wachstum in hohem Maße profitieren. Mit vermehrten Erweiterungsinvestitionen in Ausrüstungen und Bauten ist darüber hinaus aber auch die heimische Nachfrage zu einer zweiten Stütze der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geworden. Dies gilt insbesondere, nachdem der über ein Jahrzehnt andauernde Schrumpfungsprozess in der Bauwirtschaft nun überwunden zu sein scheint und sich die Beschäftigungslage spürbar gebessert hat.

Die öffentlichen Finanzen entwickeln sich derzeit wesentlich günstiger als in den Planungen unterstellt. Ausschlaggebend hierfür sind die stärker ausfallende konjunkturelle Erholung und der noch darüber hinausgehende unerwartete Zuwachs der insgesamt sehr volatilen gewinnabhängigen Steuern. Das gesamtstaatliche Defizit, das sich 2005 auf 3,2 % des Bruttoinlandsprodukts belief, wird die 3 %-Grenze im laufenden Jahr deutlich unterschreiten. Der Rückgang ist dabei vor allem auf die genannten positiven Einflüsse und eine grundsätzlich moderate Ausgabenentwicklung zurückzuführen.

Das Staatsdefizit dürfte auch im kommenden Jahr weiter deutlich zurückgehen. Dies ist zum einen das Ergebnis des Fiskalpakets der Bundesregierung, das insgesamt gesehen vor allem über Abgabenerhöhungen zu einer Verbesserung der Finanzlage führt. Zum anderen ist bislang insbesondere in den Bereichen Personal, Alterssicherung und Arbeitsmarkt eine mäßige Ausgabenentwicklung angelegt.

Das Unterschreiten der 3 %-Grenze im laufenden Jahr ist eine positive Entwicklung. Mit dem Erreichen dieses wichtigen Etappenziels darf aber keinesfalls die notwendige weitere Defizitrückführung in den Hintergrund treten. Die derzeitige günstige Konjunktur sollte genutzt werden, um die strukturellen Defizite zügig abzubauen. Es herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass in guten Zeiten eine verstärkte Konsolidierung erfolgen soll. Somit wäre es nunmehr folgerichtig, die Sparanstrengungen sogar zu intensivieren und nicht den in der Vergangenheit häufig gemachten

*Öffentliche
Finanzen*

Fehler zu wiederholen, die unerwarteten Mehreinnahmen für andere Zwecke zu verwenden. Hier gilt es, sich den vielfältigen Partikularinteressen zu widersetzen. Das Jahr 2001 hat gezeigt, wie schnell sich eine günstige konjunkturelle Entwicklung, verbunden mit einem Boom in den volatilen gewinnabhängigen Steuern, umkehren und zu umfangreichen Defiziten, einer schnell wachsenden Schuldenquote und einer Verletzung der

Haushaltsgrenzen führen kann, wenn keine solide Grundposition erreicht worden ist. Es ist daher zu begrüßen, dass die Bundesregierung angekündigt hat, die Mehreinnahmen insbesondere zur Rückführung der Neuverschuldung zu nutzen. Wie für den Gesamtstaat sollte daher auch beim Bund und den einzelnen Ländern darüber hinaus ein Haushaltsausgleich rasch angestrebt werden.